

Dr. Franz Vranitzky/Dkfm. Karl Hollweger

Geschäftsberichte und Hauptversammlungen

Hollweger: Man kann die Entwicklung der letzten Jahrzehnte sehr gut an den Geschäftsberichten und Hauptversammlungen verdeutlichen. Als ich 1956 zur Länderbank kam waren die Hauptversammlungen geschlossene Gesellschaften. Da war die Frage: wer schafft die Hauptversammlung unter drei Minuten? Das ist Ockermüller gelungen; ich habe dann einmal bei einer ganz kleinen Gesellschaft diesen Rekord auf zweieinhalb Minuten runterschrauben können. Das waren also bei verstaatlichten Unternehmen die Hauptversammlungen, da wurde geplauscht und runtergelesen, das war es dann.

Später waren bei Hauptversammlungen à la Perlmöser auch private Leute da. Die Geschäftsberichte waren 1956 so sieben, acht Seiten lang. Da ist gestanden: „Die Forderungen sind von ...auf -gestiegen und die Verbindlichkeiten konnten leicht gesenkt werden“. Wer ist im Aufsichtsrat und wer im Vorstand, das war es dann auch.

Bei der Hauptversammlung waren Ronald Barazon und Margarete Freisinger die ersten Journalisten, die etwas gefragt haben, später ist die Frau Palme dazugekommen. Die waren recht friedlich. Zu trinken hat es ein bisschen Mineralwasser und Juice gegeben. Später ist um Kaffee, Tee und Kekse erweitert worden.

15 Jahre später hat das so ausgesehen: der Geschäftsbericht war wesentlich umfangreicher – so 25 bis 30 Seiten. Der Stolz des Geschäftsberichts war ein umfassender Sozialbericht. Da ist darin gestanden „wir haben für Ferienheime, für Schifahren usw. so und so viel Schilling ausgegeben, Unterstützung der Angestellten für den Fußballverein etc“. Die Hauptversammlung hat schon zwei, drei Stunden gedauert und das Buffet ist erweitert worden. Es hat leichte Brote gegeben und es war geselliger.

Weitere zehn, fünfzehn Jahre später sind die Geschäftsberichte noch dicker geworden, der Sozialbericht ist verschwunden. Stattdessen hat es einen ausführlichen Shareholder Beitrag gegeben. Wie toll das Unternehmen ist und wie international. Die Hauptversammlung hat vier bis fünf Stunden gedauert. Das Buffet war ordentlich mit Broten, Süßem. Es hat auch schon mehr Journalisten gegeben. Der Verbundkonzern hat sogar Mühe gehabt, dass die Hauptversammlung nicht bis zum nächsten Tag dauert, denn dann hätten sie aktienrechtliche Probleme bekommen. Da haben sie immer sehr kämpfen müssen.

Wir hatten einmal eine Hauptversammlung bei Perlmöser gehabt, da waren auch Betongegner dabei entsprechend adjustiert. Der Vorsitzende, Dr. Vranitzky forderte mich auf, meinen Bericht zu verlängern und noch zu verlängern. Also habe ich jede Investition besprochen, jeden Sessel und jedes neue Fenster. Irgendwann einmal ist das den Anwesenden zu bunt geworden und sie sind gegangen und die Hauptversammlung wurde dann geschlossen.

Wie sieht denn heute eine Hauptversammlung aus? Sie dauert drei, vier Stunden, das Buffet ist etwas reduziert und der Geschäftsbericht ist noch dicker. Warum? Weil die Hälfte des Geschäftsberichts ein Bericht über die Nachhaltigkeit ist. In der HV weiß kaum jemand genau, was das ist, aber es wird schön beschrieben, wie nachhaltig das Unternehmen ist. Der Sozialbericht ist verschwunden, Shareholder VALUE-Bericht gibt es auch nicht mehr. Der Nachhaltigkeitsbericht deckt alles.

Vranitzky: Der Sozialbericht würde heute unter ungerechtfertigte Privilegien subsumiert...

Hollweger: Genau, das traut sich niemand mehr, das ist überwiegend eingestellt worden. Sogar die OMV, die sehr viel getan hat. Bei der ist alles weg, z. B. das Hotel am Semmering, die Großanlage in Stadlau, nicht einmal den Fußball sponsern sie mehr.

Man kann also an der Entwicklung der Geschäftsberichte sehr gut die Entwicklung der Wirtschaft sehen.

Ich kann mich erinnern: den ersten Bericht für Perlmöser habe ich selbst geschrieben, auch den Sozialbericht, da waren wir ja stolz darauf. Dann haben wir schon für den volkswirtschaftlichen Teil einen Spezialisten eingesetzt, damit das Ganze einen internationalen Touch bekommt. Aber von Nachhaltigkeit war keine Spur zu lesen. Ich wüsste gar nicht, was ich da schreiben sollte. Ich lese das aufmerksam und frage mich, worum es da geht. Heute sind Geschäftsberichte voll von schönen Bildern aus aller Welt und von schönen Frauen. Das ist der Wandel der Zeit.

Bankwesen

Vranitzky. Man kann davon ausgehen, dass das Bankwesen der Zweiten Republik aus dem Bankwesen der Ersten Republik oder sogar davor hervorgegangen ist. Das Bankwesen war in einer sehr markanten Weise ständisch organisiert. Wir haben die Genossenschaften Schulze-Delitzsch für das Gewerbe, Raiffeisen für die Landwirtschaft, die Sparkassen für die breite Masse, also die Leute mit nicht so großen Einkommen, die ihre Spareinlagen dorthin trugen. Und dann eben die zwei großen Aktienbanken, die CA - 1855 gegründet und die Länderbank - 1880 gegründet. Es waren maßgeblich ausländische Mitbeteiligungen, um die in der Monarchie und auch danach nachhinkende Infrastrukturfinanzierung auf die Beine zu bringen. Was sie auch gemacht haben.

In den 1950er Jahren hat das System immer noch bestanden und wurde dadurch beeinflusst, dass der Genossenschaftssector Spitzeninstitute etablierte, die eine große Rolle spielten und auch in die Industrie- und Handelsfinanzierung einstiegen. Also die Girozentrale und die GZB.

Es war die ganze Verfasstheit des Systems so, dass durch die Institution der Staatskommissäre in den Aufsichtsräten der Kreditinstitute eine große Nähe zum Finanzministerium zum Ausdruck gebracht wurde – auch personell. Ich kann mich erinnern, dass es bis weit in die 1980er Jahre hinein gang und gäbe war, dass die Vorstandsvorsitzenden der Banken auch im Bundeskanzleramt und im Finanzministerium und in andere Ministerien ein- und ausgegangen sind. Da war eine enge Kontaktnahme. Klammer auf: im Gegensatz zu heute – Klammer zu.

Das hat damals dazu geführt, dass die Entwicklung des Kreditwesens sehr eng mit bestimmten Vorhaben der Bundesregierung verwandt war. Beispielsweise das Filialwesen, das war ein heiß umkämpftes Gebiet, weil nämlich aus der Struktur heraus die Aktienbanken, die ja in Wirklichkeit langfristige Finanzierungen durchführen sollten, ein schwaches Aufkommen an Einlagen hatten. Verglichen zu den flächendeckenden Sparkassen, Volksbanken, Raiffeisen usw.

Das Finanzministerium hat versucht, das einigermaßen auszutarieren, indem im so genannten Zweigstellenabkommen die Einstufigen, also die Aktienbanken, etwas mehr an Filialen zugewiesen bekamen. Damals hat man gesagt, jedes Kaffeehaus ist zu einer Bankfiliale geworden und heute sind die Banken froh, wenn sie wieder Kaffeehäuser daraus machen können.

Zweigstellenabkommen und Lombardklub

Vranitzky: Es gab Einrichtungen, die heutzutage, nicht zuletzt aufgrund der Internationalisierung, undenkbar wären und auch abgeschafft werden mussten. Das Zweigstellenabkommen, die alljährliche Runde beim Finanzminister, das Festlegen der Haftpflichtversicherungsprämien für den KFZ-Bereich. Es gab das so genannte Habenzinsabkommen, da haben die Geldinstitute eine Vereinbarung getroffen, um bei Großeinlegern über eine bestimmte Grenze nicht hinauszugehen. Das Habenzinsabkommen war wahrscheinlich das am häufigsten gebrochene Abkommen. Der Lombardklub war als inoffizielle Zusammenkunft der Banken entstanden. Was uns die EU damals vorgeworfen hat und wofür die Geldinstitute dann auch bestraft wurden, das war ein hartes Brot für sie, weil sie die Lombardklub-Vereinbarungen ja nie eingehalten haben. Ich bin vom formlosen Mittagessen zurückgekommen und Kollege Bleyleben, Bereichsleiter Einlagengeschäft, ist schon am Gang gestanden und hat gefragt „bitte, was haben Sie ausgemacht?“ Zwei Stunden später habe ich ein Papier gehabt, wie man das anders macht, um Marktanteile nicht zu verlieren.

Das sind Vorgänge, die heute undenkbar wären. Früher war es so: hatte ein Geldinstitut einen schwierigen Kunden, also in dem Sinne, dass es ihm wirtschaftlich schlecht gegangen ist, dann konnte es vorkommen, dass dieses Unternehmen einen Zweigbetrieb schließt oder

eine Fabrik so herunterfährt, dass Arbeitskräfte entlassen werden mussten. Da war es ganz üblich, dass der Betriebsrat des jeweiligen Unternehmens zum ÖGB gegangen ist und dieser zum Bundeskanzler und der hat dann eine Krisensitzung einberufen, mit dem Ziel, eine Überbrückungs...aufzustellen und so diesen Betrieb zu retten. Dort gab es den Sozialminister, Alfred Dallinger, der das Arbeitsmarktförderungsgesetz verwaltete. Dort gab es den § 37a. Dieser Paragraph hat vorgesehen, dass der Sozialminister finanzielle Unterstützung für ein notleidendes Unternehmen geben konnte. Und der Bundeskanzler, also damals Dr. Kreisky, hat dann immer die von Dallinger vorgelegte Drittelösung verlangt. Das hieß, ein Drittel hat das Sozialministerium zu zahlen, ein Drittel der Eigentümer und ein Drittel die Hausbank.

Ich war, glaube ich, der erste, der bei einem dieser Anlässe dem Bundeskanzler gesagt hat, dass in dem Fall die Drittelösung nicht funktionieren wird. Er hat gemeint „wieso denn nicht?“ Und ich habe gemeint, „wenn es nur zwei Teilnehmer gibt, kann es keine Drittelösung geben.“ Und er „wieso, ihr seid ja drei.“ „Aber wir können das nicht mitmachen“, habe ich ihm gesagt.

Volksaktie

Vranitzky: Der Volksaktienidee war kein großer Erfolg beschieden, es sind kaum Volksaktien verkauft worden. Ich kann mich erinnern, wir haben in der CA eine Belegschaftsaktion gestartet, wir haben den Mitarbeitern Aktien unter günstigen Bedingungen angeboten. Auch wir im Vorstand haben gekauft, um den Mitarbeitern zu sagen „schaut her, wir gehen mit dieser Idee voran“. Aber das war es dann auch schon. Bezüglich Kapitalmarktentwicklung haben diese Volksaktien nicht wirklich eine Rolle gespielt.

Hollweger: Ich glaube 1957, sind die Volksaktien gekommen. 30 Prozent Vorzug, 10 Prozent Stammaktien, ich habe beides gezeichnet und habe mich gefreut. Mit der Stammaktie konnte ich endlich in eine Hauptversammlung der Länderbank gehen. In der Länderbank waren die Staatskommissäre die besten Frager, die waren immer gut vorbereitet.

Die Volksaktie ist mit viel Tamtam ausgegeben worden, die Leute haben sich gefreut. Aber eines Tages hat die Länderbank Schwierigkeiten bekommen – siehe Eumig. Das hätten sie ja noch gepackt, aber die Klimatechnik war ein Fass ohne Boden. Ich war im Aufsichtsrat der Eumig – auf persönlichen Wunsch von Länderbank-Chef Wolfgang Erndl. Ich verlangte eine Absicherung der Bank, um nicht mit einer persönlichen Haftung konfrontiert zu werden. Erndl hat mich aus seinem Zimmer hinausgeschmissen und gemeint „aus Ihnen wird nie etwas, wenn Sie das ablehnen.“

Ich habe mir gedacht, geh ich halt in die Schweiz. Aber zwei, drei Tage später hat Max Kothbauer angerufen und gesagt, ich möge doch kommen und hat gemeint: „wir haben hier ein Schreiben für Dich, durch das Du doch abgesichert bist.“

Die Eumig ist dann zerstückelt worden, die Perlmooser haben aus dem Kirchdorfer Teil etwas gemacht, mit Sportgeräten und vor allem Druckguss (Firma UNITECH).

Nachdem die Länderbank in Schwierigkeiten war, haben die Herren der Z gemeint, sie wollen expandieren, sie übernehmen die Länderbank. Das mit der Volksaktie ist auch irgendwie gelöst worden. Dann ist die vergrößerte Länderbank, also die Bank Austria, auf die Idee gekommen, sie schluckt die CA, bei der es auch Volksaktien gegeben hat. Das ist auch irgendwie gelöst worden mit der Volksaktie, deren Wert ist auch ganz schön gestiegen. Aber dann ist die Idee gekommen, man muss sich international erweitern. Randa hatte die Idee, mit der Bayerischen Hypo- Vereinsbank zu fusionieren. Davor war die Frage „Wo ist man dann Aktionär, bei der Bayern Hypo? Da wollte ich bei der Hauptversammlung Fragen stellen, aber meine Freunde haben dort gesagt „du bist am falschen Dampfer, deine Fragen sind gegen die Fusion, wir sind aber dafür.“

Dann hat man gesehen, die Hypo Vereinsbank ist auch arg lädiert, auf einmal war die UniCredit da. Jetzt bin ich Miniaktionär bei der UniCredit und man muss sich fragen „wo sind heute die Aktien?“ Aber noch mehr muss man sich fragen „wo ist das Volk? Wo sind die ganzen Volksaktien?“ Und die ÖVP, die hat ja auch bei der Telekom-Privatisierung wieder gesagt „wir machen Volksaktien.“

Wenn man die Entwicklung der Telekom ansieht, dann muss man sich wieder fragen, wo das Volk bleibt. Die Volksaktie hat aus meiner Sicht ein schmähhliches Ende genommen.

Ergänzend zu Vranitzky: Die Finanzierung der Industrie nach 1945 war eine Kreditfinanzierung, nicht eine über den Kapitalmarkt, der war nicht existent. Und die Banken konnten dann keine langfristigen Kredite mehr vergeben. Dann wurden die Investkredit und die Kontrollbank gegründet. Die Investkredit hat die langfristigen Kredite vergeben und die Kontrollbank ist ins Exportkreditgeschäft gegangen.

Industriellenvereinigung

1961 bin ich zu Perlmooser gekommen, auf einmal war ich Mitglied der erweiterten Sektionsleitung Industrie der Wirtschaftskammer. Zuerst haben sie mit Schrecken festgestellt, dass ich als Roter galt, dann bin ich als Hinterbänkler akzeptiert worden. Vorne sind die Vertreter der großen Familien gesessen, wie Mauthner-Markhof, mit Bart, und die haben den Ton angegeben. Durch die Übernahme der Creditanstalt durch die Bank Austria und die weitere Fusion zur UniCredit haben Raiffeisen und die Erste plötzlich mehr Raum bekommen und sind stark gewachsen. Die Erste, die war gewohnt, irgendeinen Steuerberater oder einen Arzt zu finanzieren, aber keine Industrieunternehmen. Und bei der Z war es ja ähnlich, erst

Haiden und Randa sind mehr in das Industriegeschäft gegangen. Und dann erst ist der Kapitalmarkt entstanden. Einer der ersten, die auf den Kapitalmarkt gegangen sind, waren wir wegen der Schweizer Eigentümer. Wir haben bei Permooser eine Wandelschuldverschreibung aufgelegt. Wir haben als Permooser als erste eine Wandelschuldverschreibung aufgelegt, die aber bei weiteren Kapitalerhöhungen viele Probleme gemacht hat.

Kontrollbank

Vranitzky: Zur Struktur unseres Finanzwesens will ich noch etwas sagen. Sowohl die Investkredit als auch die Kontrollbank sind Banken der Banken, das heißt: die Aktionäre sind die österreichischen Banken. Das ist deshalb nicht unwichtig zu sagen, denn die Kontrollbank ist gesetzlich mit einem Pouvoir des Finanzministeriums ausgestattet, bei der Exportfinanzierung Bundeshaftungen zu übernehmen. Das war für die österreichische Strukturentwicklung ein ganz wichtiger Schritt, dass die Kontrollbank das unter der kundigen Führung des Helmut Haschek getan hat. Auch die Investkredit hat sehr positiv und offensiv gearbeitet. Ich bin oft in die Lage gekommen, dass die Opposition – vor allem die Freiheitlichen – immer von der „Staatsbank“ Kontrollbank gesprochen haben. Was sie aber nie war.

Hollweger: Deswegen hat ja auch Schwarzblau Dr. Scholten nicht als Generaldirektor der Kontrollbank ablösen können.

Vranitzky: So ist es, Minister Grasser hat Dr. Grünbichler auf Dr. Scholten angesetzt gehabt, der ist in die Kontrollbank gekommen und hat eine Art Prüfungsgespräch mit den Herren Scholten und Attems geführt. Die haben natürlich den Braten gerochen. Sie haben das Gespräch so umdrehen können, dass Grünbichler nachher von den beiden mehr begeistert war als von Grasser. Er hat dem Finanzminister gesagt, „die machen gute Arbeit, die beiden.“

CA und Länderbank

Beide Banken, die CA aus dem Beteiligungsportefeuille und die Länderbank aus dem Kreditportefeuille hatten große Schwierigkeiten. Die CA hatte drei große Problemfälle, das war Steyr Daimler-Puch, Andritz und die Maschinenfabrik Heid-Stockerau. Die Länderbank hatte Eumig, Klimatechnik und Funder. Die Kernkapitalausstattung war in beiden Häusern schwach. Das ist gut gegangen, solange der Finanzminister Androsch hieß. Der hatte ein gewisses Verständnis für Banken. Mit Ockermüller war er sehr eng befreundet, mit Erndl nur am Anfang und mit Treichl gar nicht. Aber der leitete die größte Bank des Landes.

Wechsel zur Länderbank

Dann kam es zu den absonderlichen, surrealen Vorgangsweisen, wie ich von der CA in die Länderbank gewechselt bin. Es war der Weltspartag im Jahr 1980. Damals wurden die Weltspartage noch zelebriert und wir hatten eine den ganzen Kassenraum füllende historische Darstellung des Münzwesens. Wir sechs Vorstandsmitglieder haben uns aufgeteilt, wer welche Ehrengäste betreut. Auf meiner Liste war unter anderem der Freiheitliche Klubobmann Friedrich Peter. Ich habe bei ihm, Begeisterung hervorrufen wollend, von dieser Münzausstellung erzählt und er schaut mich so an und sagt „es ist interessant, wie sie sich hier noch so ins Zeug werfen.“ Ich habe geantwortet „wieso, ich arbeite ja hier.“ Und er hat erwidert „aber nicht mehr lange.“

Worauf ich sagte „hören Sie, das kann nicht stimmen.“ Er aber hat darauf bestanden, es sei beschlossen, dass ich in die Länderbank wechsele. Ich sagte darauf „wer hat das beschlossen?“ „Na, ihr Parteivorstand und die Bundesregierung“, meinte Peter.

Ich wusste von all dem nichts, habe Friedrich Peter stehen gelassen, mich hat der Weltspartag nicht mehr interessiert und Alois Piperger angerufen, der war Aufsichtsratsvorsitzender in der Länderbank – der ehemalige Generaldirektor des Vorwärts-Verlags und ehemaliger Zentralsekretär der SPÖ.

Ich sagte dann einigermaßen unbefangen „du, ich höre da ein Latrinengerücht, wonach ich von der CA in die Länderbank gehen soll.“ Darauf Piperger „was heißt hier Gerücht? Wir freuen uns schon.“ Das heißt, die haben das schon alle gewusst, nur ich nicht.

Ich habe mich dem auch gar nicht widersetzt. Denn worum ist es gegangen? Bruno Kreisky hatte im Bundesparteipräsidium der SPÖ große Probleme, Hannes Androsch loszuwerden. Und da haben die Befürworter des Dr. Androsch, das waren in erster Linie Anton Benya, Herta Firnberg und LH Kery, gemeint „wenn du Androsch loswerden willst, dann muss man ihm irgendetwas anbieten, das gesichtswahrend ist.“ Das war eben die Creditanstalt. Dafür musste man den designierten Treichl-Nachfolger Vranitzky loswerden. Und es gab ja noch den Aufsichtsrat der Creditanstalt, Fritz Bock war der Vorsitzende. Der kam zu mir und sagte „es kommt auf keinen Fall in Frage, dass Sie hier weggehen. Sie haben einen gültigen Vertrag, den müssen sie erfüllen.“ Dann gab es noch weitere Treueschwüre, die konnte man nicht ganz so ernst nehmen, die waren schon unter dem Aspekt zu sehen: man wollte mich behalten, um Androsch nicht zu bekommen. Zwei Vektoren, die zum selben Ziel führen. Das Ganze war wirklich aktienrechtlich kompliziert. Die CA hat dann Prof. Kastner engagiert, einen namhaften Gesellschaftsrechtler, der folgende Meinung vertrat: „kündigen kommt nicht in Frage, Vranitzky hat nichts angestellt. Von sich aus kündigen kommt nicht in Frage und wenn er ohne Vereinbarung weggeht, verliert er alle Ansprüche. Also kommt als einzige Variante die einvernehmliche Lösung in Frage.“ Das hat er auch in einem Papier festgehalten.

Das wollte aber die ÖVP nicht. Die stimmte auch im Aufsichtsrat gegen mein Ausscheiden. Dafür stimmten die Sozialisten zu und es wäre somit fifty/fifty gewesen. Dann hat der einzige freiheitliche Vertreter, Norbert Steger, auch dafür gestimmt. Bei der Bestellung von Androsch war wieder das gleiche Spiel: die Schwarzen dagegen, die Roten und Steger dafür. Ich ging dann in die Länderbank.

Herbert Salcher

Vranitzky: Ich muss ein bisschen etwas über Dr. Salcher sagen: Salcher war ein enger Vertrauter des Bundeskanzlers Kreisky, beide ausgesprochene Gegner des Finanzministers Androsch und beide – muss man schon sagen – nicht unbedingt vertraut mit dem Betriebstyp Bank. Kreisky hat manchmal gefragt „wieso kannst du das nicht finanzieren?“ Ich habe gesagt „das ist kaputt, ich mache mich strafbar, wenn ich da noch Geld nachschieße.“ Und er hat gemeint „aber die Banken haben ja so viel Geld.“ Ich antwortete darauf „ja, aber es gehört nicht uns.“ Da gab es oft solche Ideologie ähnliche Gespräche.

Salcher hat sich in Wirklichkeit nicht getraut, den Generaldirektor der Länderbank, Wolfgang Erndl wegzuschicken. Salcher hat mir immer versichert „gut, dass du kommst, du musst das wieder in Ordnung bringen, aber als Vorsitzender-Stellvertreter, weil der Wolfgang ist ja auch da.“ Aber die Satzung der Länderbank hatte keine fünf Vorstandsmitglieder vorgesehen. Man musste extra eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen nur um die Satzungsänderung zu beschließen, damit es fünf Vorstandsmitglieder geben kann. Das ist alles über die Bühne gegangen, war aber in höchstem Ausmaß peinlich.

Und dann gab es den Staatssekretär Hans Seidl, der hat sich der Eumig-Sache angenommen und Erndls Vorstandsende war besiegelt. Dramatisch wurde es, als Erndl am Tag der Entscheidung eine Herzattacke erlitt und ins AKH eingeliefert werden musste. Salcher hat ihn im AKH besucht und mich danach angerufen und gesagt „alles in Ordnung, du übernimmst alle seine Funktionen.“ Das war ganz wichtig, weil es waren zum Beispiel die Industrieaufsichtsräte. Ich sagte „in Ordnung, danke schön, ist erledigt.“ Zehn Minuten später ruft mich Erndl an und sagt „der Salcher war bei mir, es war ein sehr gutes Gespräch, ich gratuliere dir, du wirst Vorstandsvorsitzender der Länderbank und ich behalte alle meine Funktionen außerhalb des Vorstands.“ Ich darauf „du, da gibt es einen Widerspruch.“ Er: „Nein das hat mir der Minister zugesichert.“ Dann habe ich den Minister angerufen und gesagt „unter diesen Bedingungen mache ich das nicht.“ Der sagt dann, er hat es ihm versprochen, mir aber auch. „Wir werden da schon irgendwie durchkommen“.

Zur sogenannten Sanierung der Länderbank wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bestand aus Helmut Haschek, Gertrude Gugerell, Alfred Liebich, einen Mitarbeiter von Salcher, Wehsely von der AK und anderen. Es gab ein wochenlanges Gezerre, und zwar deshalb,

weil die Lage sehr komplex war. Jeden Tag hat ein Journalist angerufen und gefragt „wann geht die Länderbank kaputt?“ Ich musste einen Fechtkampf ausführen.

Psychologisch war Salcher als Nichtkenner eines Bankunternehmens mir gegenüber misstrauisch. Man muss aufpassen, dass die Länderbank nicht übersaniert wird, hat er gemeint, was angesichts der realen Fakten mehr als ein „slip of the tongue“ war.

Proporz

Vranitzky: Eine Facette hat auch die mangelnde Verantwortung der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht. Ich war bestellt, Manfred Drennig war als mein Stellvertreter bestellt. Wir haben Samstag, Sonntag immer in der Bank verbracht, aber das Institut war einfach zu groß für zwei Vorstandsmitglieder. Damals herrschte Proporz zwischen SPÖ und ÖVP. Beide Parteien waren nicht in der Lage, die zwei zusätzlichen Vorstandsmitglieder zu nominieren. Jetzt habe ich mir gedacht, das muss doch einfacher gehen. Ich habe dann einen Fehler gemacht und bin zum damaligen ÖVP-Bundesparteiohmann Alois Mock gepilgert und habe ihm gesagt „bitte nominieren Sie doch so schnell wie möglich ein Vorstandsmitglied.“ Auf unserer Seite war schon Gerhard Wagner nominiert, aber die ÖVP konnte sich nicht entschließen. Mock hat mich gefragt, ob ich einen Vorschlag hätte. Ich hatte mich vorher mit Anton Osond abgesprochen, der wäre bereit gewesen. Ich kannte ihn noch aus der CA, er war mittlerweile Generaldirektor der Investkredit, ein kundiger Banker, der mit unglaublich vielen Kommerzkunden engen Kontakt hatte. Den habe ich dann vorgeschlagen. Bei jemandem wie Mock war das das Aus für Osond als Vorstand der Länderbank. Statt seiner kam Konrad Rumpold, der war auch ok, aber nicht vergleichbar mit Osond. Rumpold war vorher Direktor in der Girozentrale.

Eumig

Vranitzky: Dann erst ging es ans Eingemachte. Ich musste dem Bundeskanzler erklären, dass ich die Eumig nicht mehr weiterfinanzieren kann. Erndl hatte ja vorher als eine seiner letzten Aktivitäten die Umwandlung eines großen Teils unserer Forderungen an Eumig in Beteiligungen veranlasst. Das heißt, wir wurden für Eumig immer mehr verantwortlich. Der Eumig-Geschäftsführer Voggenhuber war sehr eng mit Kreisky. Ich bin zu Kreisky hingegangen und habe ihm alles erklärt. Er hat mich dann gefragt „und was bedeutet das alles?“ Ich habe gemeint „das bedeutet, dass Eumig zusperren muss, außer man findet einen Käufer.“ Er fragte „was heißt zusperren?“. Dann erklärte ich ihm, was zusperren bedeutet. Ich habe in Folge eine kleine GesmbH als Auffanggesellschaft gegründet, mit geringem Stammkapital, um die Aufträge abzuwickeln und die Lager abzubauen. Ich habe dann noch Max Grundig in

Deutschland angerufen und bin mit ihm und Bundeskanzler Kreisky nach Fürstenfeld in die Fabrik gefahren. Das war ein schrecklicher Besuch. Wir sind in die Halle, die Grundigleute haben sich alles angeschaut und die Frauen, die dort arbeiteten, haben natürlich alle gewusst, was es geschlagen hat. Die Stimmung war nicht im Keller, sondern noch viel tiefer. Grundig ist dann doch nicht eingestiegen. Dann ist es uns gelungen, das Verwaltungsgebäude und das Produktionsgebäude der Eumig in Wiener Neudorf an Palmers zu verkaufen. Fohnsdorf wurde verkauft an das Unternehmen, das heute AT&S heißt. Kirchdorf ist an Perlmöser gegangen. Klimatechnik war bis zu einer gewissen Hinsicht ein Kriminalfall, weil der Klimatechnik-Geschäftsführer Erwin Tautner sich aus dem Staub gemacht hat. Sämtliche Zusagen haben nicht gehalten. Bei Funder war es so: da ist Josef Taus gekommen und hat sich dafür interessiert, er hat das gut über die Bühne gebracht. Das war in Ordnung. Aber die Bank ist an den großen Kreditbeträgen hängengeblieben und Herr Tautner, mit dem ich kurz gesprochen hatte, hatte nur gemeint „es ist möglich, dass Sie da Probleme haben, aber ich war beim Herrn Bundeskanzler, das ist erledigt, was wollen sie eigentlich?“

Hollweger: Zum Thema Eumig: Wolfgang Erndl ist auf die Idee gekommen, er nimmt drei aus der Industrie, unter anderem Herrn Etmayer und mich, um den Laden anzusehen. Wir sind dann draufgekommen: die hatten keine Kostenrechnung, gar nichts. Es hat dort einen Taschenkalender des Geschäftsführers Voggenhuber gegeben und da waren die Kalkulationen drinnen. Er hat aber völlig übersehen, dass die Japaner plötzlich am Markt sind, besser und billiger.

Wir haben Erndl geraten, er soll die Eumig in die Pleite gehen lassen. Es gab dann ein Gespräch mit Kreisky und Erndl, ohne Ergebnis. Wir haben dann, gemeinsam mit Prof. Stadler probiert, die Eumig durchzubringen. Wir schätzten die Eumigschulden auf 3,3 Milliarden Schilling und 5,5 bis 6 Milliarden Schilling hatte die Länderbank in der Bilanz als Reserven. Da sahen wir eine Chancen, die Eumig zu stabilisieren. Dann kamen aber die Probleme mit der Klimatechnik dazu und die Chancen waren weg.

Wolfgang Erndl wollte unbedingt bei der Länderbank bleiben. Als sich herausstellte, dass das unmöglich zu bewerkstelligen war, wollte er zur Perlmöser als zweiter Generaldirektor. Ich habe daraufhin mit einem Schweizer Vertreter im Aufsichtsrat geredet und gemeint, dann gehe halt ich weg. Daraufhin war auch diese Idee weg.

Vranitzky: In diese Hölle 1981/1982 kam dazu, dass ich zehn Minuten vor der Aufsichtsratsitzung, in der die Bilanz der Länderbank beschlossen werden sollte, draufgekommen bin, dass die Bilanz nicht stimmt. Und zwar hatten wir Kredite bei der Eisenstädter Bank geparkt. Die war aber eine 100prozentige Tochtergesellschaft der Länderbank. Daher galt sie nicht als selbständiges Institut. Ich bin dann zur Nationalbank gepilgert und die hat einen Teil der

Kredite wieder in Kost genommen. Das war ein Husarenstück der Nationalbank. Es war aber nur ein Stecknadelkopf im Vergleich mit dem, was EZB-Direktor Draghi jetzt macht.

Verkauf der CA

Vranitzky: Es war ja Konsens in der Regierung und zwischen beiden Parteien, dass die CA zwar weiter privatisiert, aber auch an der Börse bleiben soll. Man musste also einen Aktionär finden, der zumindest einen Teil, wenn nicht das ganze Aktienpaket der Republik erwirbt. Ich traf Rainer Guth, den Präsidenten der Schweizer Creditanstalt und der meinte, er könne sich „das mit der CA“ vorstellen. Ich wollte nicht bei allem, was eine grenzüberschreitende Beteiligung ist, immer Deutschland dabei haben. Mir hätte die Schweiz auch aus diesem Grund nicht so schlecht gefallen. Guth hat also positiv reagiert und ist nach Österreich gekommen, um mit ein paar Leuten zu sprechen. Zu diesen paar Leuten gehörten der ÖVP-Bundesparteiobmann Erhard Busek und die Nationalbank-Präsidentin Maria Schaumayer. Die sagte ihm, er ist hier nicht erwünscht.

Guth rief mich dann an und meinte „ich habe mir nicht vorgestellt, dass ich, wenn Sie mich einladen, hier nicht erwünscht bin.“ Das war schlimm.

Dann kam Busek zu mir und sagte, „ihr habt jetzt auf SPÖ-Seite die Länderbank und in gewisser Hinsicht die Girozentrale. Es bleibt nur noch die CA übrig und die ist traditionell eine schwarze Bank. Ich kann das in meiner Partei gar nicht vertreten, wenn das keine schwarze Bank bleibt.“ Und ich sagte „ich habe da ein gewisses Verständnis dafür, wir sind in einer Koalition und müssen vernünftig miteinander weiterarbeiten. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob die CA eine schwarze Bank bleibt, aber ich kann Ihnen zusichern: wir werden keine militanten Anstrengungen unternehmen, um da hineinzugehen.“

Dann meinte Busek „ja, aber wie ist das mit dem Kaufpreis?“. Ich antwortete, der damalige Finanzminister Lacina wird eine Schätzung veranlassen und daran werden wir uns orientieren. Worauf Busek sagte „kann man das nicht politisch vereinbaren?“ Ich habe dann gemeint, man kann doch nicht ein paar Milliarden Schilling politisch vereinbaren.“ Lacina hätte das nie gemacht, er hätte im Parlament fünf Minuten später eine Ministeranklage bekommen.

Dann schickten sie mir eine Abordnung bestehend aus Wirtschaftskammer-Präsidenten Leo Maderthaler, Siemens-Vorstand Wolfsberger, Herrn Schwarz von der Fa. Engel“ und noch zwei, drei andere Industrielle. Wolfsberger meinte „bitte Herr Bundeskanzler, du kannst uns doch nicht unsere Bank verkaufen.“ Ich sagte darauf „das ist nicht eure Bank, wie viele Aktien hast du von der Bank?“

Dann kamen die Herren Schmidt-Chiari von der CA und Karner von der Generali. Schmidt-Chiari wollte die ganze CA an die Börse bringen, davon haben ihm aber alle abgeraten. Dr. Karner von der Generali hatte ehrliche Absichten, aber er konnte nicht genug Geld aufreiben. Das Angebot war nicht unseriös, aber zu wenig. Lacina meinte, er habe von GP Morgan

eine Bewertung von 17 bis 18 Milliarden Schilling, darunter kann er nicht gehen. Es fehlten also fünf bis sechs Milliarden. Deshalb ist daraus auch nichts geworden.

Dann ist die ÖVP auf die Idee gekommen, die Erste soll die CA übernehmen und sie haben den Vorstand der Erste Bank beauftragt, sich darüber den Kopf zu zerbrechen. Das waren die Herren Fuchs und Ulrich. Aber ein wirkliches Interesse war dort nicht vorhanden. Dann ist irgendetwas auf die Idee gekommen, Raiffeisen sollte die CA übernehmen. Das ist aber so, als ob Rapid sich an Austria beteiligt. Das ging auch nicht.

Dann hat mich Gerhard Randa angesprochen und in einem Schwechater Wirtshaus gefragt, was ich dazu sagte, wenn die Bank Austria die CA übernehmen würde. Ich meinte „ich habe alles dagegen, denn das ist eine innenpolitische Lawine, eine Bombe, das geht nicht.“

Es hat sich dann aber alles sehr lange dahingezogen. Eine Journalistin schrieb darüber im Wall Street Journal unter dem Titel „how not to privatise a bank“ ,und hat die Vorgangsweise in Grund und Boden kritisiert , wie da vorgegangen wurde. G. Randa ist wieder gekommen und hat gesagt „ich kaufe die Bank.“ Und weil es sonst niemanden gegeben hat, habe ich gemeint „na bitteschön, es ist sonst niemand da“.

Jedenfalls war das für Wolfgang Schüssel ein breach of faith. Klima war damals Finanzminister. Ich habe Schüssel damals die ganze Geschichte noch einmal aufgerollt und festgestellt: „Das ist zustande gekommen, weil eure Seite das Geld nicht aufgebracht hat.“

Dann ist noch etwas anderes dazugekommen: In Wien gab es eine SPÖ-ÖVP-Koalition im Rathaus, das waren Michael Häupl und Bernhard Görg. Und Görg hatte im Vorfeld der Wiener Landtagswahl gesagt, er kann sich vorstellen, wieder in eine Koalition mit der SPÖ einzutreten, wenn die Gemeindehaftung der Stadt für die Bank Austria beendet wird. Denn die Bank Austria war trotz der Fusion eine Sparkasse mit der Haftung der Stadt Wien. Was das Gespräch zwischen Häupl und Görg genau gebracht hat, weiß ich nicht, aber es ist gerechtfertigt den Schluss zu ziehen, dass Häupl der Ansicht war, so wichtig ist ihm die Gemeindehaftung nicht. Dann kam die Landtagswahl und die SPÖ hat die Absolute geschafft und brauchte keinen Koalitionspartner mehr. Aber die Zusage war schon gegeben. Es gab außerdem viele Gremien, die an der Zukunft des Instituts interessiert waren, von der AVZ über den Betriebsrat. Da musste man allen klarmachen, dass der Wegfall der Gemeindehaftung die Refinanzierungskosten der Bank erhöht. So entstand wohl auch die Überzeugung, wenn man mit einem potenten ausländischen Partner zusammengeht, so ist das gleichzuhalten mit der Gemeindehaftung und die Refinanzierungskosten würden nicht steigen. So kam die Bayerische HypoVereinsbank ins Spiel. Die HVB war aber selber das Produkt einer Fusion, der Bayerischen Vereinsbank und der Hypothekbank, mit großen und beachtlichen Leichen im Keller. Eine Due Diligence-Prüfung hat es vor der Übernahme durch die Bayern allerdings nicht gegeben. Es war das Zusammengehen mit einem sanierungsbedürftigen Partner, zustande gekommen durch einen Aktientausch zwischen Bank Austria und HVB.

Das war der Vorläufer der UniCredit-Lösung. Dies wird Gerhard Randa von vielen zum Vorwurf gemacht. Man muss aber der Fairness halber sagen: Er hatte das nicht alleine zu vertreten, er hatte die Zustimmung seiner Gremien bekommen.

EU-Beitritt

Vranitzky: Teile der Industrie waren dagegen, genauso, wie Teile der Industrie gegen die Hartwährungspolitik waren. Die wollten sich in einen geschützten Bereich zurückziehen, weil sie den Wettbewerb mit den starken westeuropäischen Ländern scheuten. Obwohl sie natürlich Antikommunisten waren, haben sie vielfach mit den osteuropäischen Ländern Geschäfte gemacht – unter Haftung der Kontrollbank und dem Erfindungsreichtum des H. Haschek mit konvertierbarem Rubel usw.

Auch aus diesem Grund ist der EU-Beitritt richtig gewesen. Denn die Betriebe mussten Anstrengungen unternehmen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Das war in Wirklichkeit sehr erfolgreich. Zum Beispiel die Planseewerke, RHI, Treibacher, Engel und nicht zuletzt die VOEST.

Wenn man die Leute einteilt in Kaufleute und Techniker, dann haben die Techniker gesiegt. Denn die Kaufleute haben immer gewarnt „das geht nicht, das ist nicht möglich....“ Die Techniker haben gemeint, wir schaffen das. Donawitz hat zum Beispiel die langgezogenen, kopfgehärteten Schienen entwickelt, im Zusammenspiel mit Judenburg, wo die Weichen produziert werden und sind damit Weltmarktführer geworden.

Und zu Kindberg: es reicht ja nicht, lange Rohre zu produzieren, man muss sie ja auch biegen können, und das wurde in Kindberg erfunden.

Anpassungsfähige Industrie

Hollweger: Die Industrie ist sehr anpassungsfähig, viel mehr als andere Bereiche. Da gibt es z.B. Kostenmaßstäbe, und wenn man sie einhält, ist man international wettbewerbsfähig. Die heimischen Industriebetriebe hatten immer einen Vorteil, das war die Qualität. Sie wussten, sie können mit den größten der Branche nicht über die Quantität mithalten, sie müssen auf Qualität setzen, das haben sie auch gemacht.

Vranitzky: es ist immer gut, das Argumentationsgerüst zu überdenken, die Industrie ist nach wie vor der größte Wertschöpfungsbringer für die gesamte Wirtschaftsleistung. Jetzt sagen wir, wenn die Wertschöpfung hoch ist, haben wir mehr Wirtschaftswachstum. Mit mehr Wirt-

schaftswachstum können wir mehr Leute beschäftigen. Aber nicht in der Industrie. Da wurde die Belegschaft ständig verringert. Früher waren es an die 600.000 Beschäftigte, jetzt sind es vielleicht 350.000. Apropos: die Wirtschaftsforscher sagen, dass wir im Know-how-Ranking und im Modernisierungsranking zurückgefallen sind.

Die SPÖ muss auch aufpassen, dass sie sich nicht vorrangig, so wie das der deutsche Außenminister Steinmayer pointiert feststellt, mit Randthemen wie Babymonat, Binnen i und dgl. beschäftigt.

Internationaler Wettbewerb

Vranitzky: Eine zentrale Herausforderung ist die Auslagerungspolitik der Industrieunternehmen. Dieser Prozess hat sich verlangsamt, ist aber noch immer da unter der Frage „wo sind meine Produktionsbedingungen, nämlich kostenseitig, besser als in Österreich?“ Das muss zu der anderen Überlegung führen - apropos innovation leader: gelingt es uns, eine Industrieproduktionspalette zu entwickeln, die nicht so sehr von Lohn- und Energiekosten abhängig ist und man daher nicht auswandern muss, weil man sich das hohe Lohnniveau in Österreich leisten kann, weil man es über den Preis hereinbringt. Ich glaube, das geht, aber nicht mit Wald- und Wiesenprodukten. Wenn man nur Gummistiefel erzeugt, wird man in ein Niedriglohnland gehen, wenn man Hightech erzeugt, kann man auch höhere Löhne bezahlen. Wahr ist natürlich, dass man immer die Marktreife beobachten muss. Die Grundlagenforschung ist eine wichtige Voraussetzung. Die kommerzielle Umsetzung kann lange dauern. Essentiell ist sie allemal.

Steuerreform7Verwaltungsreform

Hollweger: Wenn ich als Vorstand von Perlmöser am ersten Jänner munter geworden bin, habe ich gewusst, 15 Millionen Schilling sind einmal weg für Vermögensteuer, Erbschaftsteuer äquivalent und die alte Gewerbesteuer. Das ist dann zum Glück geändert worden.

Vranitzky: Wir landen wahrscheinlich bei einem alten Kalauer, der heißt Verwaltungsreform. Wenn wir Krankheitssymptome bei uns feststellen, liegen sie in der öffentlichen Verwaltung. Eine Korrektur muss nicht so schwierig sein. Wir haben neun verschiedene Jugendschutzgesetze. Nicht nur, dass die vereinheitlicht werden sollen aufgrund der Übersicht und aufgrund der Ordnung. Man bekommt bei einer Vereinheitlichung in den Bundesländern etliche Apparate weg, die das kontrollieren. Natürlich verhindern das die Bundesländer genau deshalb.

Politisch gesprochen: Eine Landeshauptleutekonferenz gibt es ja schon immer, aber die hat bei mir keine Rolle gespielt. Die Landeshauptleute haben sich ein paar Mal im Jahr getroffen, aber es war immer klar, dass deren Beschlüsse für uns in keiner Weise politisch bindend waren. Heutzutage ist das leider anders.

Unterschiede zum Ausland

Es gibt Unterschiede zwischen ausländischen und heimischen Unternehmen. Insofern, als in den ausländischen Industrieunternehmungen, in denen ich Erfahrungen sammeln konnte, das Kostenbewusstsein wahrscheinlich über dem österreichischen liegt und auch das Ertragsbewusstsein. Wir hatten in Österreich früher so eine Formel : Wir machen in diesem Geschäftszweig zwar keine Gewinne, aber wir haben immerhin einen positiven Deckungsbeitrag. Dieser so genannte „Deckungsbeitrag“ ist in Wirklichkeit verwandt mit der Umwegrentabilität, die kann nämlich auch keiner beziffern. Weder in einem kanadischen noch in einem amerikanischen oder deutschen Unternehmen würde man das zulassen. Die sagen „wir machen es, weil da verdienen wir etwas“ oder sie sagen „wir machen es nicht, weil da verdienen wir nichts.“ Sie würden sich nicht auf ein kalkulatorisches Hilfsgebilde ausreden. Das ist einmal einer der Unterschiede. Zweitens - das betrifft hauptsächlich die Nordamerikaner: Die Erfolgsbeteiligung wird dort wesentlich mehr gelebt als bei uns. Das fängt an beim betrieblichen Vorschlagswesen und bei der Prämierung dessen, was dann herauskommt. Es endet dann bei der Erfolgsbeteiligung. Drittens, das ist jetzt ein Unterschied, kein Vorteil: der Kündigungsschutz, den gibt es dort in Wirklichkeit nicht, in Europa schon. Wir sehen ja heute in Italien und in anderen Ländern, wie heiß umkämpft dieses Thema ist. Das hängt sicherlich auch mit der heimischen Stellung zur Sozialpolitik zusammen. Einen Mitarbeiter freizusetzen, ist sozial nur dann vertretbar, wenn dieser nicht ins schwarze Loch fällt, wenn es Einrichtungen gibt, die ihn auffangen. Das ist ein in sich geschlossener großer Zusammenhang. Wir haben ein dichtes soziales Netz, einen Kündigungsschutz und in anderen Ländern völlig unbekanntes Biennalsprünge.

Man könnte ja arbeitnehmerfreundlicher werden, indem man die Gehaltskurven abflacht, denn der Arbeitgeber steht vor der Wahl: nehme ich einen gut ausgebildeten 25jährigen oder nehme ich einen 54jährigen, für den ich viel mehr bezahlen muss. Das würde auch die Frührentenproblematik entlasten.

Industrie 4.0.

Hollweger: Man sieht das Neue ja bei der Bank Austria. In dem neuen Gebäude hat außer den Spitzen niemand mehr ein eigenes Zimmer, alle haben ein gemeinsames großes Zimmer. Das ist eine andere Denkweise. Als ich in die Länderbank eingetreten bin, hatte ich zu

Beginn keinen eigenen Schreibtisch, dann bekam ich einen eigenen Schreibtisch, und dann bekam ich ein eigenes Zimmer. Dieses in der Hierarchie Auf -Steigen, das ist jetzt weg. Das ändert auch die Arbeitsweise. Meiner Meinung nach ist eine Reduzierung der Gesamtarbeitszeit eine vordringliche Lösung, natürlich unter Berücksichtigung der Produktivitätsentwicklung.

Vranitzky: Zurück zur Arbeitsinfrastruktur: das Fensterachsensystem ist weg, das ist tot. Also das System: je mehr Fensterachsen du hast, desto wichtiger bist du im Unternehmen oder im Ministerium. In Bezug auf die digitale Revolution können wir mehr passiv sein und sagen, wir können nichts gegen diese Entwicklung tun. Wir können aber auch sagen „es ist gut so.“ Denn dadurch haben wir mehr Mobilität, den Zugang zu Arbeitstechniken, die es ohne dieses System gar nicht gäbe. In der Forschung und der Medizin zum Beispiel.

Die Antwort heißt, wir müssen aktiv dabei sein und die Möglichkeiten nutzen. Der Campus der Bank Austria hat mit einem Bankgebäude alter Prägung überhaupt nichts mehr zu tun. Diese bauliche Ausdehnung auf freie Plätze hat ja auch eine ökonomische Rückwirkung. Die Einkaufszentren an den Stadträndern zum Beispiel, die nicht mehr Angebot liefern, aber mehr Platz schlucken, verringern auch die Möglichkeit, Landwirtschaft zu betreiben.

Früher haben wir gesagt „wir sind autonom“, dann ist die Überschusszeit gekommen, da haben wir durch Subventionen die Milchseen und Butterberge durch Preisstützungen abbauen müssen und dann haben wir gesagt „das ist Unsinn.“ Dann bezahlten wir Stilllegungsprämien, um Grünland zu schaffen. Und jetzt stehen dort, wo Grünland geschaffen wurde, riesige Plakate mit der Aufschrift „Baugründe zu verkaufen.“ Es ist schon die Frage: Wir haben Natur gewonnen und jetzt betonieren wir sie wieder zu und wie schaut es mit der Nahrungsmittelkette aus?

Ich komme immer wieder zur Auffassung: wir brauchen eine Verwissenschaftlichung des Regierens. Diese Probleme kann man mit dem typischen Beamten aus dem vorigen Jahrhundert nicht lösen. Und um den Begriff „Innovation Leader“ aufzugreifen: Das schafft man nicht in zwei, drei Jahren, das dauert.

Zukunft

Hollweger: Eine ordentliche Verwaltungsreform und ein Rütteln an den Biennien (Umbau) muss her. Am deutlichsten sieht man das beim Bundesheer. Es ist relativ einfach ein Heer personell zu führen, da gibt es eine Kompanie mit einem Hauptmann usw. Wenn man jetzt zu viele Fähnriche ausbildet und die werden dann alle nach weiteren Kursen Brigadegeneräle, dann stimmt etwas nicht. Wir haben beim Bundesheer viel zu viele Generäle, dasselbe Problem haben wir bei den Beamten, beim Bundesheer sieht man es nur so deutlich. Heute wird jeder Vollakademiker bei entsprechender Dienstzeit auf jeden Fall Ministerialrat und

jeder steigt finanziell hinauf. Die Schere zwischen privilegierten Beamten, Vertragsangestellten und Leiharbeitern wird immer größer und die Situation damit kritisch. Österreich wird entscheidend zurückfallen, Österreich wird ein Verwaltungsstaat.

Die Industrie hat reagiert, die steht gut da. Beim Bundesheer steht man an, hier fällt das System am meisten auf.

Vranitzky. Stichwort Unterbeschäftigung: Ich glaube schon, dass die Bildung hier eine Antwort gibt und geben muss. Ich bin unter dem Eindruck einiger Fälle aus meinem Bekanntenkreis, wo eine Frau mit 48 Jahren den Job verloren hat und sie bekommt keinen neuen mehr. Jetzt bin ich dieser Frage nachgegangen. Dort, wo sie sich vorstellen war, da haben sie Leute aufgenommen, aber diese Frau konnte das nicht, was gefordert wird. PC, Englisch, um zumindest einen Brief schreiben zu können, sind Grundvoraussetzungen. Auch eine gewisse soziale Mobilität, Freundlichkeit, das braucht man. Hat man das nicht, dann hat man keine Chance, auch nicht als Billa-Kassiererin.

In der ganzen Bildungsdebatte muss man den ganzen Generationsverlauf erkennen. Meine Frau hat immer Lehrlinge aufgenommen und ausgebildet. Oft waren die größten Hindernisse, damit die Jungen etwas lernen, ihre eigenen Eltern. Die haben das ganz einfach nicht für notwendig gefunden. Auch in der Arbeiterschaft, aber auch bei den SPÖ-Pensionisten, dort sind Studenten nicht nur positiv besetzt.

Wenn die vorangegangene Generation mit den Anliegen der jüngeren Generationen nicht vertraut ist und sie nicht unterstützt, dann ist die Zukunft schwer zu gewinnen.

ÖIAG/ÖBIB

Vranitzky: Ich habe Faymann einmal gesagt, „sag, hast du gute Berater bei der Hypo Alpe Adria-Sache, da kommt ganz schön etwas auf dich zu.“ Er hat gemeint „ich bekomme da gar keine Probleme, das ist ein Problem der ÖVP“ Es gibt aber nichts im Staat, wo der Bundeskanzler sagen kann „das geht mich nichts an.“ Sie werden alle ein böses Erwachen erleben, denn sie werden alle beim Untersuchungsausschuss vorgeladen. Dazu kenne ich leider das Parlament zu gut. Wenn Abgeordnete sagen – zum Beispiel Kogler von den Grünen „wir werden niemanden tribunalisieren.“ Dann weiß ich es anders: zum Zweck der Tribunalisierung ist der Untersuchungsausschuss eingesetzt worden. Die Tribunalisierung ist für viele Abgeordnete ein willkommenes Zusatzgewürz zum U-Ausschuss Es macht Appetit darauf, ihn einzusetzen.

Bankenaufsicht

Vranitzky: Genau genommen: Die Bankenaufsicht, die früher im Finanzministerium war, die auch die Notenbank beaufsichtigt hat. Die die beaufsichtigt werden sollen, werden heute auf einmal Beaufsichtiger. Das Meinl-Fiasko zum Beispiel ist auch ein Produkt der Nichtbankenaufsicht durch den damaligen Finanzminister Grasser. Ich sage immer, wenn ich nach Grasser gefragt werde, nach seiner Schwiegermutter und so weiter „das ist mir ganz egal, er war einfach ein schlechter Finanzminister.“